

Von: [REDACTED] BK
Gesendet: Dienstag, 7. Januar 2025 16:52
An: [REDACTED] EFV; [REDACTED] EFV
Betreff: AW: Ämterkonsultation: Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 (EP27); Eröffnung der Vernehmlassungsverfahrens
Anlagen: BRA EFD Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027_ Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens.docx; Orientierungsschreiben an Kantone Bundesgesetz Entlastungspaket 2027.docx

Sehr geehrte Frau [REDACTED], sehr geehrter Herr [REDACTED]

Besten Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Gerne finden Sie nachfolgend unsere Korrekturen und Kommentare:

1. BRA

Sie finden unsere Bemerkungen direkt im angehängten Dokument.

Reminder: Sollte der Antrag nach der ÄK auf mehr als 5 Seiten anwachsen, wäre eine Inhaltsübersicht zu erstellen. Eine Vorlage finden Sie im [Roten Ordner \(Bestandteile eines Antrags\)](#).

2. BRB

Keine Bemerkungen

3. Vernehmlassungsunterlagen

a. Erlassentwurf (Vernehmlassungsvorlage)

Wir verweisen auf die separate Stellungnahme der Verwaltungsinternen Redaktionskommission (VIRK).

b. Erläuternder Bericht

Allgemeiner Hinweis: Bitte beachten Sie, dass der Erläuternde Bericht nach [Artikel 6a Vernehmlassungsgesetz](#) die Anforderungen an Botschaften des Bundesrates gemäss [Artikel 141 Absatz 2 des Parlamentsgesetztes](#) erfüllen muss.

c. Orientierungsschreiben an die Adressaten

Ich habe Ihnen den direkten Link auf die Vernehmlassungs-Seite gesetzt. Wenn Sie dies bevorzugen, können Sie aber auch den «generellen» Link verwenden.

Ausserdem habe ich den Titel der Departementsvorsteherin zu «Bundesrätin» geändert, da sie die Unterbreitung der Vernehmlassungsunterlagen nicht in ihrer Funktion als Bundespräsidentin vornimmt.

d. Adressatenliste

Ich bitte Sie, mir die Adressatenliste noch zuzustellen, ausser Sie verwenden die Vorlage aus dem Roten Ordner 1:1.

e. Synopse

f. Publikation

Wir erinnern daran, dass uns sämtliche Vernehmlassungsunterlagen im pdf-Format sowie das Informationsblatt im Word-Format in den drei Amtssprachen unmittelbar *nach* dem Beschluss des Bundesrates zur elektronischen Veröffentlichung zu übermitteln sind (vgl. [Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a Vernehmlassungsgesetz](#); [Artikel 14 Vernehmlassungsverordnung](#); Ziffer 5 des BRB-Entwurfs). Eine Vorlage für das Informationsblatt sowie weitere Informationen finden Sie im [Roten Ordner \(Vernehmlassungsverfahren\)](#).

Bitte schicken Sie diese Unterlagen rechtzeitig in den drei Amtssprachen an folgende Adresse:

[REDACTED]

sind wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns eine pro Departement konsolidierte Rückmeldung zukommen lassen, bis am

Mittwoch, 8. Januar 2025

an:

[REDACTED] und [REDACTED]

Wir bitten Sie, die Gesetzesanpassungen in Ihren Bereichen nochmals kritisch zu prüfen, auch ob die entsprechenden Übergangsbestimmungen wo nötig definiert sind.

Freundliche Grüsse

[REDACTED]
[REDACTED]

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV
Stabsdienste und Grundsatzfragen

Bundesgasse 3, 3003 Bern

[REDACTED]
[REDACTED]

www.efv.admin.ch

Beilagen:

- BRA und Beschlussdispositiv
- Erläuternder Bericht
- Mantelerlass (d, f)
- Fragebogen
- Orientierungsschreiben



Bern,

An den Bundesrat

**Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 ~~(EP27)~~;
Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens**

1 Haushaltslage

Der Bundesrat hat am 20. September 2024 die Eckwerte der Vernehmlassungsvorlage zum Entlastungspaket 2027 (EP27, vormals Aufgaben- und Subventionsüberprüfung) festgelegt.

Der Voranschlag 2025 mit IAFP 2026–2028 vom 21. August 2024 zeigt für die Finanzplanjahre ab 2027 strukturelle Defizite von rund 2,5 Milliarden Franken. In der Zwischenzeit hat sich die Lage weiter verschlechtert. Der Bund wird – anders als ursprünglich geplant – einen Teil der 13. AHV-Rente mitfinanzieren, was je nach Entscheid des Parlaments 0,5 bis 1 Milliarde Franken zusätzlich kosten wird. Auch will das Parlament den Ausbau der Armee beschleunigen; aus beiden Kammern liegen Anträge dazu vor. Die vom Parlament vorgeschlagenen Gegenfinanzierungen sind entweder unsicher (OECD-Mindeststeuer, Globalpauschalen Asyl) oder sie greifen dem EP27 vor, mit dem eigentlich die bereits bestehenden Defizite bereinigt werden sollten (insb. internationale Zusammenarbeit und alle Querschnittskürzungen inkl. Ressortforschung).

Die Defizite in den Jahren 2027 und 2028 könnten damit auf 3 bis 4 Milliarden **Franken** steigen. Das genaue Ausmass hängt von laufenden Parlamentsentscheiden ab. Der Bundesrat wird zudem im Februar bei der finanzpolitischen Standortbestimmung entscheiden müssen, wie er mit den Aufstockungsaufträgen zum Finanzplan umgehen will.

Tabelle 1. Strukturelle Defizite im Bundeshaushalt

in Mrd. CHF	FP027	FP2028
Strukturelle Defizite im Finanzplan vom 21.08.24	2,5	2,6
AHV-Schätzfehler	-0,1	-0,1
Bundesbeitrag AHV	+0,5–0,9	+0,5–0,9
Rascherer Ausbau der Armee	+0,6–1,2	+0,6–1,4
Bereinigungsbedarf neu	+3,5–4,5	+3,6–4,8
p.m. Entlastungsvolumen EP27	3,5	4,4

Daneben sind weitere namhafte Mehrbelastungen im Bereich der Europapolitik möglich, insbesondere bei einer Assoziierung an Horizon Europe und Erasmus sowie mit dem zukünftigen Beitrag an ausgewählte Länder der EU. Auf der Einnahmeseite liegen

Kommentiert: BRA und BRB müssen den gleichen Titel haben.
(→ allenfalls Anpassung des Titels im BRB)

Kommentiert: Ich bitte Sie hier die EXE-Nummer anzugeben

Kommentiert: Da «Franken» sonst auch immer geschrieben ist

Kommentiert: Wenn Tabelle 1 so betitelt wird, sollte man das auf der nächsten Seite für Tabelle 2 auch machen

Formatierte Tabelle



im Parlament zwei gleichlautende Vorstösse vor, die eine Verlängern des Sondersatzes Hotellerie verlangen. Dies würde beim Bund ab 2028 zu Mindereinnahmen von rund 200 Millionen Franken pro Jahr führen.

2 Präzisierungen und Abweichungen vom BRB 20. September 2024

Das Entlastungsvolumen ist im Vergleich zum BRB vom 20. September 2024 praktisch gleichgeblieben. In einzelnen Bereichen gab es Schätzkorrekturen, verschiedene Massnahmen wurden konkretisiert.

	2027	2028
Entlastungsvolumen in Mio. Franken gemäss BRB vom 20.09.2024	3'581	4'321
<i>Veränderungen des Entlastungsvolumens bei den Einnahmen</i>		
Höhere Besteuerung von Kapitalbezügen der 2. und 3. Säule	0	-40?
Erhöhung Versteigerung Importkontingente	47	47
<i>Veränderungen des Entlastungsvolumens bei den Ausgaben</i>		
Kürzung der Landschaftsqualitätsbeiträge auf 50 Prozent	-65	0
Teilverzicht auf Förderung alternativer Antriebssysteme für Busse und Schiffe (nur für die Jahre 2027-2029, dafür 2030: -40 MCHF)	10	10
Kürzung der Berufsbildungsausgaben auf den Richtwert (Doppelzählung)	-8	-12
Kürzung der Ressortforschung um 10 Prozent (insb. Doppelzählungen)	-5	-4
Entflechtung zwischen Bund und AHV (Schätzkorrektur)	-4	145
Divers (Schätzkorrekturen, Berücksichtigung verpflichtete Anteile auf VK)	-40	-2
Entlastungsvolumen in Mio. Franken gemäss Vernehmlassungsvorlage	3'516	4'445

Formatierte Tabelle

Insbesondere die Konkretisierungen bei den einnahmenseitigen Massnahmen haben Folgen auf die Entlastungswirkung. Ausgabenseitig haben die Verschiebung der Kürzung der Landschaftsqualitätsbeiträge um ein Jahr sowie die Präzisierung der Berechnung des AHV-Beitrages die grössten Auswirkungen.

Besteuerung von Kapitalbezügen aus der zweiten und dritten Säule: Die Herausforderung bei dieser Massnahme bestand darin, einen Steuersatz bzw. Steuersätze festzulegen, welche die Kapitalbezüge gegenüber den Rentenbezügen nicht mehr privilegieren, aber den Anreiz zur Vorsorge dennoch aufrechterhalten. Vorgesehen ist ein progressiver Steuertarif: Die Sätze auf Kapitaleinkünften von bis zu 100 000 Franken sind mit 0,1 bis 1,0 Prozent milde ausgestaltet. Oberhalb dieser Schwelle nehmen die Grenzsteuersätze zunächst auf 3 Prozent, oberhalb von 250 000 Franken auf 5 Prozent, oberhalb von 1 Million Franken auf 7,5 Prozent und oberhalb von 10 Millionen Franken auf 11,5 Prozent zu. Diese Tarifgestaltung hat zur Folge, dass die typischerweise tieferen Bezüge aus der Säule 3a weiterhin zu sehr gemässigten Sätzen besteuert werden. Die erwarteten Mehreinnahmen für den Bund liegen mit 160 Millionen um 60 Millionen tiefer als im September kommuniziert.

Erhöhung Versteigerung Importkontingente: Mit der Versteigerung zusätzlicher Landwirtschaftsprodukte fallen die erwarteten Erträge um 47 Millionen höher aus als bisher geschätzt. Neu sollen grundsätzlich alle Kontingente versteigert werden, andere Verteilmethode sollen nur noch in Ausnahmefällen zugelassen sein.



Priorisierung bei Subventionen für Klimapolitik: Mit dem Beschluss des Bundesrates, jüngste Volksabstimmungen nicht in Frage zu stellen, sollen die neuen Finanzhilfen (Impulsprogramm Heizungersatz, Förderung neuartiger Technologien zur Dekarbonisierung) in geplantem Umfang geleistet werden. Diese sollen jedoch statt über den allgemeinen Haushalt über die Zweckbindung der Erträge aus der CO₂-Abgabe. Weil die heutige Zweckbindung von 1/3 der Erträge dafür nicht ausreicht, soll diese befristet bis 2031 auf maximal 41 Prozent erhöht werden. Dazu ist nebst dem bereits bekannten Verzicht auf das Gebäudeprogramm auch eine Reduktion der Subventionen für die Geothermie-Nutzung (max. 30 Mio. pro Jahr) und der Einlage in den Technologiefonds (max. 25 Mio. pro Jahr) nötig. Die restlichen aus der CO₂-Abgabe finanzierten Subventionen (indirekt genutzte Geothermie, kommunale und regionale Energieplanung, Produktion erneuerbarer Gase, Nutzung von Solarthermie als Prozesswärme) sollen aufgehoben werden.

Landschaftsqualitätsbeiträge: Die Subventionssätze werden wie geplant auf 50 Prozent reduziert. Aufgrund eines komplexeren, schon länger geplanten Systemwechsels (Zusammenlegung der Landschaftsqualitätsbeiträge mit den Vernetzungsbeiträgen) wird die Massnahme aber ein Jahr verzögert, ab 2028, umgesetzt.

Förderung alternative Antriebssysteme: Auf die Förderung alternativer Antriebssysteme soll nur im Ortsverkehr verzichtet werden (Zuständigkeit Kantone und Gemeinden), hingegen soll der Bund die Umrüstung im Regionalen Personenverkehr wie geplant und befristet bis 2030 unterstützen können. Dafür werden pro Jahr 30 Millionen vorgesehen. Zur Gegenfinanzierung wird auf die Rückerstattung der Mineralölsteuer an den RPV bereits ab 2027 verzichtet (statt wie bisher geplant erst ab 2030). Die Entlastungswirkung fällt in den Jahren 2027 bis 2029 an (jeweils 40 Mio. pro Jahr).

Ressortforschung: Bei der Ressortforschung waren gewisse Kredite betroffen, die bereits durch andere Massnahmen vollständig gestrichen wurden. Zudem wurde die Intramuros-Forschung ausgeklammert. Das Entlastungsvolumen geht dadurch um 4-5 Millionen zurück.

Entflechtung zwischen Bund und AHV ab 2027: Die Massnahme wurde präzisiert; das höhere Entlastungspotenzial bei der AHV im 2028 ist auf eine technische Änderung zurückzuführen, Strukturbrüche sollen ausgeklammert werden. Im vorliegenden Fall führt die Aufhebung des Sondersatzes Hotellerie ab 2028 zwar zu Mehreinnahmen bei der Mehrwertsteuer (Strukturbruch), nicht aber zu einem höheren Bundesanteil an der AHV.

Kultur: Die Kürzungen der Ausgaben im Kulturbereich wurden präzisiert. Das EDI schlägt eine Gesetzesanpassung in Bezug auf die Auslandschweizerschulen vor: Die Finanzierung der sechs Schweizerschulen in Europa soll eingestellt werden.

Subventionsgesetz: Das EFD wurde am 20. September 2024 beauftragt, eine Anpassung des Subventionsgesetzes auszuarbeiten, so dass Finanzhilfen in der Regel 50 Prozent der Kosten der unterstützten Aufgabe nicht übersteigen. Ausnahmen sind

Kommentiert [REDACTED] : ?



in begründeten Fällen zwar möglich, insbesondere wenn die Finanzhilfen befristet sind und degressiv ausgestaltet werden. Dieser Grundsatz wird mit dem EP27 in verschiedenen Bereichen umgesetzt (Innotour, Modellversuche im Straf- und Massnahmenvollzug, Förderung von Massnahmen zur Verminderung von Treibhausgasemissionen im Luftverkehr, Landschaftsqualitätsbeiträge, Förderung alternativer Antriebssysteme).

3 Zusammenspiel Voranschlag 2025 und EP27

Bei der Beratung des Voranschlags 2025 dürfte das Parlament diverse Aufträge an den Bundesrat richten, den Finanzplan 2026–28 anzupassen. So wird es voraussichtlich die Ausgaben der Armee erhöhen und jene für die internationale Zusammenarbeit senken wollen. Voraussichtlich wird das Parlament auch diverse Massnahmen aus dem EP27 bereits im Voranschlag 2025 umsetzen.

Der Bundesrat wird sich im Januar 2025 darüber unterhalten müssen, welche Auswirkungen die Beratung des Voranschlags auf das EP27 hat. Dort, wo das Parlament gewisse Kürzungen vorzieht, wird das EFD vorschlagen, diese grundsätzlich an die Vorgaben anzurechnen und nicht kumulativ umzusetzen. Dies betrifft namentlich die Internationale Zusammenarbeit, die Massnahmen im Eigenbereich sowie die Ressortforschung. Sollte das Parlament beispielsweise die vom Nationalrat beantragten Kürzungen von 250 Millionen Franken CHF pro Jahr ~~a-~~ bei der Entwicklungshilfe beschliessen, so wird das EFD beantragen, im EP27 auf die Massnahme bei der Entwicklungshilfe (Stabilisierung auf dem Niveau 2025) ganz zu verzichten. Die Kürzungen von 250 Millionen Franken CHF pro Jahr sind wesentlich höher (1,5 Mrd. CHF Franken 2025–30), als was der Bundesrat im EP27 vorgesehen hatte (878 Mio. Franken CHF 2026–30). Der Bundesrat wird aber in den konkreten Fällen sowieso noch eine Diskussion führen müssen, wie er mit den Aufträgen zum Finanzplan umgehen will.

Befürchtungen, das Entlastungspaket könnte überdimensioniert sein und es werde zu viel gekürzt, sind aus heutiger Sicht unberechtigt. Es ist nicht auszuschliessen, dass das EP27 nicht genügt, um den Haushalt vollständig ins Gleichgewicht zu bringen. Sollte das Parlament sowohl bei der Armee als auch bei der Finanzierung der 13.-AHV-Rente die teuersten Lösungen wählen, besteht das Risiko, dass weitere Entlastungsmassnahmen notwendig werden. Das EFD wird dem Bundesrat im Rahmen der Erarbeitung des Voranschlags 2026 gegebenenfalls die nötigen Anträge stellen.

4 Umgang mit einem allfälligen Referendum

Der Mantelerlass soll per 1. Januar 2027 in Kraft treten können. Das ist wichtig, weil nur so auch die gebundenen Ausgaben (ca. 65 Prozent der Ausgaben und Investitionen) einen Beitrag leisten können. Dieser Zeitplan ist mit ordentlichen Verfahren nur umsetzbar, solange kein Referendum gegen die Vorlage ergriffen wird. Kommt ein Referendum zustande, käme die Vorlage – wenn sich die parlamentarische Beratung über 3 Sessionen erstreckt – erst 2027 vors Volk; zu spät für ein schuldenbremsekonformes Budget 2027.



Das EFD wird zusammen mit den Finanzkommissionen Lösungswege diskutieren, wie dies verhindert werden kann. In Frage kommen eine dringliche Beratung des Paketes oder eine dringliche Inkraftsetzung gezielter Massnahmen. Der Bundesrat wird aber in jedem Fall eine Eventualplanung zu vorliegendem Paket vorbereiten müssen.

5 Vernehmlassung

Das Vernehmlassungsverfahren wird gestützt auf Art. ~~ikel~~ 3 Abs. 1 ~~atz~~ 1 VIG (SR 172.061) durchgeführt. Die Vernehmlassung dauert bis am 29. April 2025.

6 Finanzielle und personelle Auswirkungen

Die aktuellen Finanzpläne zeigen Defizite von rund 3 Milliarden Franken (inkl. Finanzierungsvorlage des Bundesrates zur 13. AHV-Rente). Unter Berücksichtigung der Parlamentsbeschlüsse zur Armee und AHV dürften diese um bis zu 1,5 Milliarden Franken steigen. Die Vorlage bringt Entlastungen in der Höhe von 3,5 Milliarden Franken (2027) und 4,4 Milliarden Franken (2028).

Der Bundesrat will die Ausgaben im Eigenbereich 300 Millionen Franken kürzen (schrittweise: 100 Mio. Fr. 2026, 200 Mio. Fr. 2027 und 300 Mio. Fr. ab 2028), 180 davon beim Personal. Die Kürzung der Personalausgaben soll zu mindestens 100 Millionen Franken bei der Besoldung und den Anstellungsbedingungen umgesetzt werden.

7 Ämterkonsultation

Im Rahmen der Ämterkonsultation begrüsst wurden alle Generalsekretariate, die Bundeskanzlei inkl. VIRK, das BJ und das EPA. Es verbleiben folgende Differenzen:

Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussentwurf zuzustimmen.

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

Karin Keller-Sutter

Beilagen:

- Entwurf des Beschlussdispositivs
- Vernehmlassungsvorlage und erläuternder Bericht (d, f, i)
- Fragenkatalog (d, f, i)
- Darstellung der Änderungen im Vergleich zum geltenden Recht (d, f, i)
- Orientierungsschreiben an die Vernehmlassungsadressaten (d, f, i)
- Liste der Vernehmlassungsadressaten
- Medienmitteilung (d, f, i)

Kommentiert [REDACTED]: BRB abweichend!

Reminder: mind. 3 Monate plus 1 Woche wenn über Osterfeiertage. Wenn Eröffnung in der Sitzung vom 29. Januar 2025, dann Frist bis 6. Mai 2025

Kommentiert [REDACTED]: Sollte es mehrere Differenzen geben und der BRA noch anwachsen, wäre allenfalls eine Inhaltsübersicht zu erstellen. (ist nur die Aufzählung der Beilagen auf S.6, wäre dies noch ok)



Zum Mitbericht an:
alle anderen Departemente und BK



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

Bern,
Adressat/in:
die Kantonsregierungen

Vorentwurf des Bundesgesetzes über das Entlastungspaket 2027: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Regierungsmitglieder

Der Bundesrat hat am **29. Januar 2025** das EFD beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und den interessierten Kreisen zum Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Die Vernehmlassungsfrist dauert bis **5. Mai 2025**.

Der Bundeshaushalt steht vor grossen Herausforderungen. Die Ausgaben wachsen wesentlich schneller als die Einnahmen, so dass die Vorgaben der Schuldenbremse ohne Gegenmassnahmen nicht mehr eingehalten werden können. Es sind namhafte Korrekturen im Umfang von 3 bis 4 Milliarden Franken pro Jahr notwendig. Mit dem vorliegenden Vorentwurf eines Bundesgesetzes über das Entlastungspaket 2027 unterbreitet der Bundesrat Massnahmen, mit denen der Haushalt wieder ins Gleichgewicht gebracht werden kann. Die Massnahmen setzen primär auf der Ausgabenseite an, enthalten aber auch einen einnahmenseitigen Teil. Der Bundesrat hat sich bei der Definition des Pakets auf die Arbeiten einer externen Expertengruppe abgestützt. Alle Aufgabengebiete leisten einen Beitrag, und auch die Verwaltung trägt zur Entlastung bei.

Von den knapp 60 Massnahmen, die vom Bundesrat vorgeschlagen werden, benötigen **37** Massnahmen eine Gesetzesänderung. Diese sind Bestandteil der Vorlage in Form eines Mantelerlasses. Mit dieser Vorlage ergibt sich ein Entlastungsvolumen von insgesamt knapp 3,5 Milliarden Franken 2027 und 4,4 Milliarden Franken und mehr ab 2028.

Wir laden Sie ein, zu den vorgeschlagenen Massnahmen Stellung zu nehmen. Wir bitten Sie, Ihre Stellungnahme mittels der **Plattform «Consultations»** zu erfassen und einzureichen:

<https://www.gate.bag.admin.ch/consultations/ui/home>.

Sollte Ihnen die Nutzung dieses Online-Tools nicht möglich sein, können die Vernehmlassungsunterlagen über die folgende Internetadresse bezogen werden:



https://fedlex.data.admin.ch/eli/dl/proj/2024/96/cons_1https://www.fedlex.admin.ch/de/consultation-procedures/ongoing.

Wir bitten Sie, für Ihre Stellungnahme den aufgeschalteten **Fragebogen** zu benutzen.

Bei Nicht-Verwendung des Online-Tools: Wir sind bestrebt, die Dokumente im Sinne des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG; SR 151.3) barrierefrei zu publizieren. Wir ersuchen Sie daher, Ihre Stellungnahmen, wenn möglich, elektronisch (bitte nebst einer PDF-Version auch eine Word-Version) innert der Vernehmlassungsfrist an folgende Email-Adresse zu senden:

ep27@efv.admin.ch.

Für Rückfragen und allfällige Informationen stehen Ihnen Frau [REDACTED]

[REDACTED] zur Verfügung.

Wir danken Ihnen für Ihre Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

Karin Keller-Sutter

Bundespräsidentin Bundesrätin

Kommentiert [REDACTED]: Hierbei handelt es sich um den direkten Link auf die Vorlage. Dieser ändert sich nicht, auch wenn der Status von «geplant» zu «laufend» wechselt